



DIE GRÜNEN IM RAT
GRÜN-OFFENE LISTE IN OBERHAUSEN

G r ü n e

GRÜNE Ratsfraktion Oberhausen * Elsässer Str. 19 * 46045 Oberhausen

Fraktionsgeschäftsstelle

Armin Röpell

Fraktionsgeschäftsführer

Elsässer Str. 19

46045 Oberhausen

Telefon: 0208 - 82 02 96

Durchwahl: 0208 - 82 02 970

Telefax: 0208 - 82 02 980

fraktion@gruene-oberhausen.de

www.gruene-oberhausen.de

Stadtsparkasse Oberhausen

Konto-Nr.: 182 873

Bankleitzahl: 365 500 00

5 Min. vom HBF

Nähe Friedensplatz

9.11.2007

P R E S S E M I T T E I L U N G

Unentgeltliche Nutzung des städtischen Gebäudes Ottilienstr. durch die Trivium GmbH verzerrt Wettbewerb.

Geht es nach der Stadtverwaltung, wird die privatwirtschaftliche Trivium GmbH, deren Träger das Zentrum für Ausbildung und berufliche Qualifikation (ZAQ e.V.) und die TZU ist, das ehemalige Gebäude von Frieda künftig ohne Mietkosten nutzen können. „In dem im Rat zur Abstimmung stehenden Überlassungsvertrag sehen wir eine einseitige Bevorzugung eines mit anderen Trägern der Beschäftigungsförderung in Konkurrenz stehenden Wettbewerbers, der den Eindruck von Mausehelei hervorruft,“ so Volker Wilke, Fraktionssprecher der Grünen Ratsfraktion. In einem Brief an den Oberbürgermeister hatten die Stadtverordneten Volker Wilke und Dagmar Vogel um Aufklärung gebeten, aus welchem Grund der gewinnorientierten Trivium GmbH ein Wettbewerbsvorteil verschafft werden solle, da andere Träger von Beschäftigungsmaßnahmen, insbesondere dem Verbundsystems als Zusammenschluss der sozialen Träger, die Mietkosten in ihre Kalkulationen einbeziehen müssen. Die Antwort fiel dürr aus.

„Es liegt die Vermutung nahe, dass mit dieser Überlassungsvereinbarung indirekt das ZAQ, dessen Geschäftsführer auch gleichzeitig der der SPD-nahen AWO Oberhausen ist, einseitig bevorzugt werden soll,“ so Wilke. Aus der Antwort des Oberbürgermeisters geht hervor, dass das Gebäude anderen Trägern des Verbundsystems nicht zur Nutzung angeboten wurde. Pikant sei, so Wilke, dass die Stadt sich ausserdem vertraglich verpflichte, die Kosten für die Unterhaltung der Immobilie an Dach und Fach zu tragen, ohne dass offensichtlich eine Begutachtung des äußeren Zustandes des Gebäudes z.B. durch die OGM vorgenommen worden ist. Diese Verpflichtung oblag vorher der Trivium GmbH.

Das ehemalige Gebäude der in Insolvenz gegangenen Frieda gGmbH war seinerzeit öffentlich gefördert worden mit dem Ziel, die Sicherung und Förderung von Frauenqualifizierungsmaßnahmen in Oberhausen festzuschreiben. „War im vorherigen Vertrag noch die besondere Berücksichtigung der Zielgruppe der Frauen noch Vertragsgegenstand, entfällt diese Verpflichtung

im neuen Vertrag völlig“, so die sozialpolitische Sprecherin der Dagmar Vogel. „Die Frage nach dem Hintergrund wird in der Antwort des Oberbürgermeisters völlig ignoriert. Sollte er der Auffassung sein, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt – entgegen allen Untersuchungen - keinen besonderen Benachteiligungen mehr ausgesetzt sind? Oder wurde die Zweckänderung des mit Landesmitteln erbauten Gebäudes gar nicht mit den zuständigen Ministerien abgestimmt?“

Auf diese Fragen bekamen die beiden Stadtverordneten keine Antwort.